

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

210

II. Ausgabe

Wien, am 30. Juli 1932

Die ungenügenden Viehauftriebe und Fleischzufuhren.

Amtsführender Stadtrat Linder hat heute an Bundeskanzler Dr. Dollfuss ein Schreiben gerichtet, in dem es heisst:

"Die ungenügenden Auftriebe und Zufuhren auf den Schlacht- und Stechviehmärkten in St. Marx und in der Grossmarkthalle haben in den letzten Wochen Preissteigerungen für Lebendvieh und Fleisch bewirkt, die untragbar, ja aufreizend sind.

Die Viehverkehrsstelle hat nach Paragraph 3 des Viehverkehrsgesetzes die Pflicht, die Bewilligungen für den Auftrieb und die Beschickung in einem solchen Ausmasse zu erteilen, dass eine ausreichende Markbeschickung gewährleistet ist, die eine Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fleischwaren zu einem für die inländische Erzeugung auskömmlichen Preise sicherstellt.

Die Viehverkehrsstelle setzt zwar wöchentlich die entsprechenden Zahlen für den Auftrieb und die Zufuhren fest, so dass es scheint, als wenn sie ihre Pflicht erfüllt; sie ist jedoch im Verlaufe der letzten Monate ausserstande gewesen, die festgesetzten Mengen auch tatsächlich auf den Markt zu bringen. So ist auf einer ganzen Anzahl von Vieh- und Fleischmärkten der letzten Wochen eine bedeutend geringere Beschickung zu verzeichnen, als man nach den Zahlen der Viehverkehrsstelle annehmen müsste.

Oesterreich hat schon seit Monaten die höchsten Schlachtviehpreise in ganz Europa! Anstatt diese unerschwinglich hohen Preise im Interesse der breiten Massen des Volkes zu senken, erhöht man sie durch die Unterbeschickung der Märkte immer mehr, --- ein scharfes Ansteigen der Fleischpreise ist die Folge.

Gehrter Herr Bundeskanzler! So kann es nicht weiter gehen! Die Minderbeschickung der Märkte und die dadurch bewirkte Verteuerung des Fleisches müssten zu einer Katastrophe führen! Als der amtsführende Stadtrat, in dessen Ressort die Approvisionnement der Stadt Wien fällt, muss ich Sie in Ihrer Eigenschaft als Landwirtschaftsminister ersuchen, sofort zu veranlassen, dass entweder die bestehenden Viehverkehrs-Bestimmungen aufgehoben oder dass sie in einer Weise gehandhabt werden, die normale Preise bewirkt.

Ich bitte auch, geehrter Herr Bundeskanzler, untersuchen zu lassen, welche Umstände die Minderbeschickung der Vieh- und Fleischmärkte in der letzten Zeit verschuldet haben. Dabei wird sich ergeben, ob man nicht mit Rücksicht auf den erhöhten Fleischbedarf der Provinz während der Reisezeit, ferner mit Rücksicht auf den Almauftrieb und angesichts des grossen Mangels an Beilvieh überhaupt, die entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Oktober 1931, B.G.Bl. Nr. 337 (Vieverkehrsgesetz), abändern beziehungsweise ergänzen muss, damit Schlachttiere und Stechvieh und Fleisch von diesen Tieren ohne Bewilligungsscheine auf die Märkte gelangen. Die Bewilligungen für Schlacht- und Stechvieh aus dem Auslande müssten unbedingt eine entsprechende Erhöhung erfahren. Jedenfalls erwarten die Wiener Konsumenten, dass die Regierung alle notwendigen Verfügungen sofort trifft und dass die getroffenen Verfügungen rechtzeitig bekannt gemacht werden, so dass die Bevölkerung für die kommende Woche mit Recht auf eine normale Marktbe-
wegung, vor allem auf normale Preise rechnen kann."